

Gerd Hardach

Bemerkungen zu der Schrift: Bernd Söseman, Im Zwielficht bürokratischer ‚Arisierung‘. Der Kaiser Friedrich-Museums-Verein in Berlin und seine jüdischen Mitglieder in der NS-Diktatur, Edition Andreae, Berlin 2016. 74 Seiten.

I. Der Vorstand des Kaiser Friedrich Museumsvereins hat 2012 den Historiker Prof. Dr. Bernd Söseman beauftragt, die Geschichte des Vereins in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur darzustellen. Die Schrift ist 2016 unter dem oben genannten Titel publiziert worden. Dr. Justus Schmidt-Ott hat die Arbeit einer detaillierten Kritik unterzogen, die derzeit auf der Website des Kaiser Friedrich Museumsvereins abrufbar ist.<sup>1</sup> Der Verf. hat daraufhin mit einer kurzen Replik geantwortet, die inhaltlich nichts Neues enthält. Sie ist derzeit ebenfalls auf der Website des Kaiser Friedrich Museumsvereins abrufbar.<sup>2</sup>

Die Schrift verspricht eine wissenschaftliche Darstellung der Vereinsgeschichte in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur (S. 10-11). Der Verf. formuliert für seine Arbeit hohe Ansprüche. „Aus Fragen nach der Geschichte eines Staates, einer Gesellschaft oder auch eines Vereins kann sich ein hochrangiges Identitätsprofil ergeben, wenn die präsentierten Antworten erschöpfend, umfassend belegt und plausibel sind. Das Aufklären schafft Sicherheit, begründet Souveränität und dient der Selbstvergewisserung“ (S. 9).

II. Der Verf. kritisiert den bisherigen Forschungsstand zur Geschichte des Kaiser Friedrich Museumsvereins als apologetisch. Er moniert, in den „meisten Publikationen“ habe es „Verzeichnungen“ gegeben (S. 9). Allerdings kennt der Verf. nicht alle Veröffentlichungen zur Geschichte des Kaiser Friedrich Museumsvereins.<sup>3</sup> Der Verf.

---

<sup>1</sup> Justus Schmidt-Ott an den Vorstand des Kaiser Friedrich Museumsvereins. Schreiben vom 2. Januar 2017. Abruf am 18. September 2017.

<sup>2</sup> Bernd Söseman, Bemerkungen zum Schreiben von Herrn Dr. Justus Schmidt-Ott zu meiner Veröffentlichung „Im Zwielficht bürokratischer Arisierung“. Abruf am 18. September 2017.

<sup>3</sup> Vgl. Peter Bloch, Henning Bock, Der Kaiser-Friedrich-Museums-Verein, in: Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz und Kaiser-Friedrich-Museums-Verein, Hg., Wilhelm von Bode. Museumsdirektor und Mäzen, Berlin 1995, S. 91-98; Sigrid Otto, Wilhelm von Bode – Journal eines tätigen Lebens, in: Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz und Kaiser-Friedrich-Museums-Verein, Hg., Wilhelm von Bode. Museumsdirektor und Mäzen, Berlin 1995, S.23-50; Peter

möchte den Forschungsstand, soweit der ihm bekannt ist, korrigieren. Er verspricht, sich „mit dem bislang Verdrängten und Verheimlichten offen, entschieden und glaubhaft“ auseinanderzusetzen (S. 9). Er behauptet, dass der Vorstand des Kaiser Friedrich Museumsvereins in den Jahren von 1933 bis 1945 antisemitisch gedacht und gehandelt hat, dass er aus freien Stücken eng mit dem nationalsozialistischen Regime zusammengearbeitet hat, und dass er Mitglieder jüdischer Herkunft, die nach der nationalsozialistischen Definition als „Juden“ galten, aus dem Verein ausgeschlossen oder zum Austritt gedrängt hat. Er wirft dem Vereinsvorstand der Zeit „Opportunismus“, „Dienstbeflissenheit“ und „Willfährigkeit“ gegenüber dem nationalsozialistischen Regime vor (S. 61). Etwas später wird „Kollaboration“ mit dem nationalsozialistischen Regime behauptet (S. 62). Das Verhalten des Vereinsvorstandes in den Jahren von 1933 bis 1945 wird insgesamt als „beklemmende Last“ der Vereinsgeschichte charakterisiert (S. 61).

III. Die Arbeit beruht auf einer Auswahl aus der Sekundärliteratur und auf Archivquellen, hauptsächlich aus dem Zentralarchiv Staatliche Museen zu Berlin. Die Literatúrauswahl ist leider lückenhaft. Nicht berücksichtigt werden mehrere Publikationen zur Geschichte des Kaiser Friedrich Museumsvereins. Aber auch der Forschungsstand zur Situation der Vereine im Nationalsozialismus wird nicht rezipiert, etwa die Arbeit von Trude Maurer, die darauf hinweist, dass alle Vereine 1933 vom nationalsozialistischen Regime aufgefordert wurden, Mitglieder, die nach der nationalsozialistischen Definition als Juden galten, auszuschließen. Für den Umgang des Kaiser Friedrich Museumsvereins mit seinen Mitgliedern ist das sicherlich keine unwichtige Information.<sup>4</sup> Die Bemerkungen zur jüdischen Identität sind oberflächlich und lassen einen Bezug zum Forschungsstand vermissen (S. 14). Sinnvoll wäre hier die Rezeption der Arbeiten etwa von Cornelia Essner und Moshe Zimmermann.<sup>5</sup> Irritierend

---

Paret, Bemerkungen zum Thema: Jüdische Kunstsammler, Stifter und Kunstmäzene, in: Ekkehard Mai, Petzer Paret, Ingrid Severin, Hg., Sammler, Stifter und Museen. Kunstförderung in Deutschland im 19. Und 20. Jahrhundert, Köln 1993, S. 173-185; Anna von Schoenebeck, Peter Bloch, 90 Jahre Kaiser-Friedrich-Museum-Verein, in: Kaiser-Friedrich-Museums-Verein, Hg., Sammler, Stifter und Museen. Mäzenatentum 1897-1987, Berlin 1987, S. 7-12.

<sup>4</sup> Trude Maurer, From everyday life to a status of emergency: Jews in Weimar and Nazi Germany, in: Marion A. Kaplan, Hg., Jewish daily life in Germany, 1618-1945, Oxford 2005.

<sup>5</sup> Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Paderborn 2002; Moshe Zimmermann, Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997, S. 80-84.

ist, dass der Verf. die Vereinsmitglieder von 1928 in „Juden“ und „Arier“ einteilt (S. 23). Diese Diktion wurde erst 1933 üblich. Wie Schmidt-Ott bereits kritisiert, hat der Verf. auch wichtige Erinnerungen von Mitgliedern des Kaiser Friedrich Museumsvereins nicht berücksichtigt.<sup>6</sup> Zu nennen wären etwa die Erinnerungen von Max J. Friedländer und Werner Weisbach.<sup>7</sup>

Der Umgang mit den Archivquellen ist ungewöhnlich, denn die Archivalien werden, wie der Verf. erklärt, „aus Platzgründen nicht nachgewiesen“ (S. 10, Anm.3). Die Angabe der Quellen ist selbstverständliches Postulat der Geschichtswissenschaft. Eine Darstellung ohne Quellennachweise kann eigentlich nicht als wissenschaftlich gelten.

Unverständlich ist, dass der Verf. die wichtigen Akten im Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin nur unvollständig ausgewertet hat. So hat der Verf. Aufforderungen der Reichskammer der bildenden Künste und der Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung im Auftrag des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Kaiser Friedrich-Museums-Verein aus den Jahren 1933-34, die behördlich angeordnete „Gleichschaltung“ des Vereins nachzuweisen, zwar gelesen, wie sein Eintrag in die Benutzerliste in der Akte zeigt, aber er erwähnt sie nicht in seiner Darstellung.<sup>8</sup>

IV. Der Verf. geht kurz auf die Anfänge des 1896 gegründeten Kaiser Friedrich-Museums-Vereins ein. Die Darstellung entspricht dem bisherigen Forschungsstand. Auch die vom Verf. betonten antisemitischen Äußerungen Wilhelm von Bodes sind aus der Literatur bekannt (S. 15-24). Unverständlich ist die Behauptung, Bode habe seine antisemitischen Vorstellungen an seinen Nachfolger als Vorsitzenden des Kaiser Friedrich Museumsvereins, Dr. Friedrich Schmid-Ott, weitergegeben (S.12). Einen Beleg für die Behauptung nennt der Verf. nicht.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Schmidt-Ott, Schreiben, S. 8.

<sup>7</sup> Max J. Friedländer, Erinnerungen und Aufzeichnungen, Mainz 1967; Werner Weisbach, Und alles ist zerstoßen. Erinnerungen aus der Jahrhundertwende, Wien / Leipzig / Zürich 1937.

<sup>8</sup> Der Präsident der Reichskammer der Bildenden Künste an den Kaiser Friedrich-Museums-Verein, 8.12.1933. Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin (ZA) III / KFMV 009; Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung an den Kaiser Friedrich-Museums-Verein, 30.8.1934. ZA III KFMV 009.

<sup>9</sup> Schmidt-Ott, Schreiben, S. 4.

V. Die Entwicklung der Verhältnisse ab 1933 wird nach Ansicht des Verf. durch die Vorgeschichte ab 1928 eingeleitet (S. 12). In der Weltwirtschaftskrise von 1929-32 traten viele Mitglieder aus dem Kaiser Friedrich Museumsverein aus. Der Verf. behauptet, dass bereits zu der Zeit der zunehmende Antisemitismus für den Austritt von Mitgliedern verantwortlich war (S. 26). Belege für politisch motivierte Austritte nennt er nicht.<sup>10</sup> In einem Fall schreibt er, die Gründe ließen sich „nur ahnen“ (S. 27). Zu zwei anderen Austritten meint er, politische Motive seien „zu vermuten“ (S. 29). Ahnungen und Vermutungen sind als Grundlagen einer wissenschaftlichen Darstellung inakzeptabel. In den Akten, in denen zahlreiche Austrittserklärungen dokumentiert sind, werden nur wirtschaftliche Gründe genannt. Als typisch kann etwa die Mitteilung von Ludwig Nürnberg vom Oktober 1930 an den Schriftführer Prof. Dr. Bruno Güterbock gelten: „Die Wirtschaftsverhältnisse erlauben mir nicht mehr, für den Kaiser Friedrich Museums Verein die bisherigen Beiträge zu leisten. Ich stelle daher anheim, mich aus der Mitgliederliste zu streichen“.<sup>11</sup>

VI. In den Jahren von 1933 bis 1945 soll die „Kollaboration“ des Vereinsvorstandes mit dem nationalsozialistischen Regime vor allem darin bestanden haben, dass der Vorstand Mitglieder, die nach der nationalsozialistischen Definition als „jüdisch“ galten, ausschloss. Einen Beleg für diesen schwerwiegenden Vorwurf hat der Verf. nicht gefunden. Er nennt keine einzige Quelle, die darauf hinweisen könnte, dass der Vereinsvorstand Mitglieder jüdischer Herkunft ausgeschlossen oder zum Austritt gedrängt hätte.<sup>12</sup>

Richtig ist: 1933 wurden alle Vereine verpflichtet, sich den neuen politischen Verhältnissen anzupassen. Sie sollten dem nationalsozialistischen Regime dienen, eine autoritäre Vereinsstruktur einrichten und alle Mitglieder ausschließen, die nach der antisemitischen Definition des Nationalsozialismus als „Juden“ galten.<sup>13</sup> Die Reichskammer der bildenden Künste forderte den Kaiser Friedrich-Museums-Verein im Dezember 1933 auf, Personalangaben zu den Vorstandsmitgliedern und eine Mitgliederliste einzureichen sowie Angaben, „ob und in welcher Weise das Führerprinzip bei dem Verein durchgeführt wird“, und „ob der Verein eine

---

<sup>10</sup> Schmidt-Ott, Schreiben, S. 2.

<sup>11</sup> Ludwig Nürnberg an Güterbock, 9.10.1930. ZA III / KFMV 001

<sup>12</sup> So bereits die Kritik von Schmidt-Ott, Schreiben, S. 3.

<sup>13</sup> Maurer, From everyday life to a status of emergency, S. 340.

Gleichschaltung im Sinne autoritärer Führung vollzogen hat.“ Der Verein konnte den Angriff abwehren, indem er sich darauf berief, dass er nicht der Aufsicht der Reichskammer der bildenden Künste unterstand. Vereinszweck sei nicht die Erzeugung, die Vermittlung oder der Absatz von Kunst, sondern die Förderung der staatlichen Kunstsammlungen.<sup>14</sup>

Der Aufschub war aber nur von kurzer Dauer. Im August 1934 sandte die Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung dem Kaiser Friedrich-Museums-Verein einen Fragebogen zur „Gleichschaltung“ des Vereins. Die Reichszentrale war vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung beauftragt, Erhebungen über die deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften, Vereinigungen und anderen Körperschaften vorzunehmen.<sup>15</sup>

Die genannten Dokumente widerlegen die Behauptung des Verf., die Vorstandsmitglieder des Kaiser Friedrich-Museums-Vereins seien willige Kollaborateure des Regimes gewesen. Wären sie das gewesen, hätten sie die Mitglieder jüdischer Herkunft aus dem Verein ausgeschlossen. Nach der Satzung des Kaiser Friedrich Museumsvereins von 1930 konnten Mitglieder ausgeschlossen werden, wenn sie mit ihren Beiträgen in Rückstand waren und trotz Mahnung nicht zahlten. Außerdem konnte ein Mitglied durch einstimmigen Beschluss des Vorstandes ausgeschlossen werden, wenn „das Ansehen oder die Interessen des Vereins“ durch die Mitgliedschaft geschädigt wurden.<sup>16</sup> Unabhängig von diesen Bestimmungen hatten die behördlichen Weisungen unter der Diktatur in jedem Fall gegenüber einer privaten Vereinsatzung Vorrang. Der Vorstand des Kaiser Friedrich Museumsvereins ist der Aufforderung der Behörden nicht nachgekommen. Er schloss weder Mitglieder jüdischer Herkunft aus, noch reichte er eine Mitgliederliste ein.

VII. Der Verf. räumt ein, dass es keinen Beleg für seine Behauptung gibt, der Vorstand des Kaiser Friedrich Museumsvereins habe Mitglieder jüdischer Herkunft ausgeschlossen. Er äußert stattdessen die Vermutung, dass der Vereinsvorstand Mitglieder mündlich zum Ausschluss gedrängt habe. „Diese Strategie eines

---

<sup>14</sup> Der Präsident der Reichskammer der Bildenden Künste an den Kaiser Friedrich-Museums-Verein, 8.12.1933. Zentralarchiv Staatliche Museen zu Berlin (ZA) III / KFMV 009.

<sup>15</sup> Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung an den Kaiser Friedrich-Museums-Verein, 30.8.1934. ZA III KFMV 009.

<sup>16</sup> Satzung des Kaiser Friedrich Museums-Vereins in Berlin, 14. Mai 1930. ZA III KFMV 009.

individuellen, persönlichen und subtilen Druckes – es ist dazu selbstverständlich nichts Schriftliches überliefert – könnte sich möglicherweise auch bei weiteren Mitgliedern jüdischer Herkunft als erfolgreich erwiesen haben.“ (S. 45). Diese Vermutung wird später wiederholt (S. 61). Einen Beleg für die Vermutungen nennt der Verf. nicht. Es bleibt festzuhalten, dass die persönlichen Gespräche nur in der Phantasie des Verf. stattgefunden haben.

VIII. Zahlreiche Mitglieder jüdischer Herkunft traten nach der Errichtung der Diktatur aus dem Kaiser Friedrich Museumsverein aus. Aber auch andere Mitglieder verließen den Verein. Nur wenige neue Mitglieder traten ein. Der Kaiser Friedrich Museumsverein verlor stark an Bedeutung. Ende 1937 hatte er noch 37 Mitglieder (S. 47).

Der Vorstand des Kaiser Friedrich Museumsvereins setzte gegenüber dem Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf eine Verzögerungstaktik. Im April 1938 verlangte der Vorstandsvorsitzende Schmidt-Ott vom Ministerium weitere Geduld. „Eine genaue Mitgliederliste lässt sich im Augenblick nicht aufstellen, da viele Mitglieder im letzten Jahr nicht bezahlt haben und vorher nochmals angemahnt werden müssen. Eine heute aufgestellte Liste würde daher viele Mitglieder umfassen, die beabsichtigen auszutreten. Außerdem müssen noch diejenigen Mitglieder ausgeschieden werden, die vor der Inflation durch Bode als lebenslängliche Mitglieder aufgenommen wurden und jetzt keine Beiträge mehr entrichten. Die Liste wird zu gegebener Zeit nachgeliefert werden.“<sup>17</sup> Der Brief wird vom Verf. erwähnt, allerdings unvollständig (S. 48). Im Zusammenhang mit der seit 1933-34 an den Verein erteilten Aufforderung, eine Mitgliederliste einzureichen, ist der Brief ungewöhnlich. Es war nicht plausibel, dass ein Verein mit zuletzt 37 Mitgliedern in fünf Jahren keine Mitgliederliste aufstellen konnte und nicht einmal einen festen Ablieferungstermin nennen mochte. Die Verzögerungstaktik war offensichtlich.

Um den Druck des Ministeriums abzuwehren, ohne Kündigungen auszusprechen, verständigte der Vorstand sich auf eine interne Argumentation, dass die Mitgliedschaft auf Lebenszeit durch die Inflation erloschen sein sollte, so dass die Mitglieder „als ausgeschieden anzusehen“ seien. Mitglieder, die ihre Beiträge nicht mehr zahlten,

---

<sup>17</sup> Schmidt-Ott an den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 6. April 1938. ZA III KFMV 009.

sollten auch ohne förmliche Mahnung nicht mehr als Vereinsangehörige gelten. Nach der Satzung waren sie dennoch Mitglieder.<sup>18</sup>

Inzwischen wurde der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung Bernhard Rust ungeduldig und verlangte am 31. Mai 1938 eine Mitteilung, ob dem Kaiser Friedrich-Museums-Verein Verein noch „Juden“ als Mitglieder angehörten. Für den Fall, dass es noch „jüdische“ Mitglieder gab, drohte der Minister, seine Mitgliedschaft zu beenden und auch den Beamten seines Ministeriums eine Mitgliedschaft im Kaiser Friedrich-Museums-Verein zu untersagen.<sup>19</sup> Im Vergleich zu den Umgangsformen, die das nationalsozialistische Regime bei anderen Gelegenheiten mit widerspenstigen Institutionen pflegte, war die angedrohte Sanktion eher moderat.

Der Vereinsvorstand sah ein, dass es nun keinen Aufschub mehr gab. Am 1. Juni 1938 versandte Schmidt-Ott ein Rundschreiben an alle Vereinsmitglieder, in dem es in Anlehnung an die Formulierung des Ausgrenzungsgesetzes von 1935 hieß: „Reichsangehörige können nur Mitglieder des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins sein, wenn sie das Reichsbürgerrecht besitzen.“<sup>20</sup> Das war keine Botschaft an Mitglieder oder Interessenten jüdischer Herkunft, denn deren Situation war auch ohne dieses Rundschreiben klar, sondern es war ein Signal an den Minister, dass der Vereinsvorstand den Ernst der Situation erkannt hatte. Am 8. Juni 1938 teilte der Vorstandsvorsitzende Schmidt-Ott dem Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit, „daß dem Kaiser-Friedrich-Museums-Verein keine Juden mehr angehören.“ Dem Brief war ein Mitgliederverzeichnis beigelegt, das aber nicht erhalten ist.<sup>21</sup> Der Brief ist aus der Literatur bekannt.<sup>22</sup> Insofern wird nicht klar, was der Verf. mit dem in der Einleitung erwähnten „bislang Verdrängten und Verheimlichten“ meint (S. 9, 48-49)

---

<sup>18</sup> Zimmermann an Schmidt-Ott, 20. Mai 1938. ZA III KFMV 009.

<sup>19</sup> Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Vorsitzenden des Kaiser Friedrich-Museums-Vereins, 31.5.1938. ZA III KFMV 009.

<sup>20</sup> Schmidt-Ott, Rundschreiben an die Mitglieder des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins, 1. Juni 1938. ZA III / KFMV 009.

<sup>21</sup> Schmidt-Ott an den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 8. Juni 1938. ZA III KFMV 009.

<sup>22</sup> Werner Knopp, Einst und jetzt, in: Kaiser-Friedrich-Museums-Verein, Hg., Tradition, Leidenschaft, Kunstverstand, Berlin 2006, S. 15; Schmidt-Ott, Schreiben, S. 7.

Da das Mitgliederverzeichnis nicht erhalten ist, lässt sich nicht sagen, ob es vollständig war. Wenn es vollständig war, hätte es im Widerspruch zu Schmidt-Otts Mitteilung an den Minister gestanden, denn der Kaiser Friedrich Museumsverein hatte im Juni 1938 sehr wohl noch Mitglieder, die nach der nationalsozialistischen Definition als „Juden“ galten. Der Brief war, nach einer Formulierung von Justus Schmidt-Ott, „bewusst wahrheitswidrig“.<sup>23</sup>

IX. In den Jahren nach dem Juni 1938 hatte der Kaiser Friedrich Museumsverein weiterhin Mitglieder jüdischer Herkunft. Nach einer vom Vorstand aufgestellten internen Liste hatte der Kaiser Friedrich Museumsverein im Januar 1940 noch 31 Mitglieder, davon zwölf „vermutlich nicht-arisch“. Elf „vermutlich nicht-arische“ Mitglieder wurden namentlich genannt.<sup>24</sup> Dieses Verzeichnis wird auch vom Verf. erwähnt, allerdings wird nicht erklärt, wie es zu dem vermuteten Antisemitismus des Vorstandes passen soll (S. 56-58).

Spätere Mitgliederlisten fehlen. Die Mitgliedschaft auf Lebenszeit blieb nach der Satzung auch bei einem Aufenthalt im Ausland erhalten. Und nicht alle ins Ausland geflohenen Vereinsmitglieder kündigten ihre Mitgliedschaft. Da der Vorstand nach den vorhandenen Unterlagen niemanden ausschloss, blieb auch ihre Mitgliedschaft bestehen. Der Kaiser Friedrich Museumsvereins hatte daher auch nach dem Ende der Diktatur noch Mitglieder, die nach der nationalsozialistischen Definition als „Juden“ galten (S. 58-60).

X. Auf einer Hauptversammlung im Januar 1940 versuchte der Kaiser Friedrich-Museums-Verein eine Bestandsaufnahme. Die Mitgliederzahl war stark geschrumpft, und die meisten Mitglieder hatten ihre Jahresbeiträge sehr reduziert. Um neue Mitglieder zu gewinnen, sollte ein Werbeblatt gedruckt werden. In einem Entwurf wurde zunächst die Vergangenheit beschworen. „Die Mitglieder, Kunstfreunde und Sammler, waren und sind stolz darauf, mithelfen zu können am Ausbau eines der berühmtesten Museen der Welt.“ Die Zahl der Mitglieder sei in den letzten Jahren leider stark zurückgegangen. Der Sinn einer Mitgliedschaft wurde im Stil der Zeit begründet. „Mit dem Wiederaufstieg des Reiches stehen den Museen neue grosse Aufgaben bevor, bei denen dem Verein ein gewichtiger Anteil zufallen wird.“ Dazu brauche der Verein

---

<sup>23</sup> Schmidt-Ott, Schreiben, S. 3-4.

<sup>24</sup> Kaiser-Friedrich-Museums-Verein, Stand vom 12. Januar 1940. ZA III / KFMV 031.



aber neue Mitglieder.<sup>25</sup> Ob das Werbeblatt gedruckt und verteilt wurde, ist nicht klar. Einen Aufschwung der Vereinsaktivitäten hat es jedenfalls nicht gegeben.

XI. Das Schicksal der Mitglieder jüdischer Herkunft im Kaiser Friedrich Museumsverein war schlimm, wie das Schicksal aller Menschen jüdischer Herkunft unter der nationalsozialistischen Diktatur. Die meisten Vereinsmitglieder konnten ins Ausland fliehen, wie viele andere Deutsche, die durch die nationalsozialistische Politik zu „Juden“ erklärt und verfolgt wurden. Einige Mitglieder des Kaiser Friedrich Museumsvereins starben unter der Verfolgung. Dr. Alfred Friedmann, Dr. Richard Friedmann und Ludwig Katzenellenbogen wurden in Konzentrationslagern ermordet. Paul Herrmann von Schwabach, Albert Max Goldschmidt-Rothschild und Dr. Dr. Ernst Saulmann nahmen sich das Leben (S. 52).

Der Kaiser Friedrich Museumsverein konnte das Schicksal der verfolgten Vereinsmitglieder in den Jahren 1933 bis 1945 nicht lindern. Der Verein war als eine Zweckgemeinschaft zur Sammlung von Spenden gegründet worden, und das ist er auch geblieben.<sup>26</sup> Er war nie ein Freundeskreis gewesen, in dem bedrängte Mitglieder in der Zeit der Not Zuspruch oder Unterstützung erwarten durften. Er war auch keine Widerstandsgruppe. Aber er weigerte sich, den verfolgten Mitgliedern die zusätzliche Kränkung hinzuzufügen, ihnen die Mitgliedschaft in einem Verein zu entziehen, um den sie sich verdient gemacht hatten. Der Kaiser Friedrich-Museums-Verein hat unter seinem Vorsitzenden Friedrich Schmidt-Ott einen zivilen Ungehorsam geleistet, der zu jener Zeit allzu selten war.

---

<sup>25</sup> Werbeblatt für den Kaiser Friedrich-Museums-Verein, Entwurf. ZA III / KFMV 009.

<sup>26</sup> Karsten Borgmann, Der Kaiser-Friedrich-Museums-Verein und die bürgerliche Kunstförderung im wilhelminischen Kaiserreich, in: Kaiser-Friedrich-Museums-Verein, Hg., 100 Jahr Mäzenatentum. Die Kunstwerke des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins Berlin, Berlin 1997, S. 31.